

Die Kommission fordert die Mitgliedstaaten der EU auf, ihre Anstrengungen in den Bereichen Biowissenschaften und Biotechnologie zu intensivieren

In ihrem ersten Fortschrittsbericht seit der Verabschiedung der EU-Strategie über Biowissenschaften und Biotechnologie im Jahr 2002 wies die Europäische Kommission heute darauf hin, dass die Gefahr voneinander abweichender Politiken in den Mitgliedstaaten die Effizienz und Beständigkeit der EU-Strategie in diesem Bereich ernsthaft behindern könnte. Zwar wurden in einigen Bereichen, wie bei der Verabschiedung des 6. Rahmenforschungsprogramms der und des regulatorischen Rahmens der EU für GVO, Fortschritte erzielt, doch gibt es auf anderen Gebieten schwerwiegende Verzögerungen. Beispielsweise sind die Mitgliedstaaten langsam bei der Umsetzung von Rechtsvorschriften über Patente im Bereich der Biotechnologie. Diese Verzögerungen verstärken die Gefahr, dass das auf dem Europäischen Rat von Lissabon im März 2000 für die Bereiche Biowissenschaften und Biotechnologie festgelegte Ziel, Europa zur wettbewerbsstärksten und dynamischsten wissenschaftsbasierten Wirtschaft der Welt zu machen, nicht eingehalten werden kann. Entscheidende Maßnahmen und konkrete Verpflichtungen sind jetzt dringend erforderlich: diese umfassen insbesondere mehr Forschung und finanzielle Mittel und die Vervollkommnung eines Systems zum Schutz der geistigen Eigentumsrechte.

“Eine kürzlich von der Kommission durchgeführte Erhebung privater Biotechnologieunternehmen und öffentlicher Forschungsinstitute hat gezeigt, dass 39% der Befragten die Forschungsprojekte über genetisch veränderte Organismen (GVO) in den letzten vier Jahren abgesagt haben“, teilte das für Forschung zuständige Mitglied der Europäischen Kommission, Philippe Busquin, mit. “Allein im privaten Sektor haben 61% der Befragten Forschungsprojekte in diesem Bereich abgesagt. Darüber hinaus ging die Zahl der Anmeldungen von GVO-Feldversuchen in der EU im Zeitraum 1998 bis 2001 um 76% zurück. Jetzt, da berechnete verbraucher- und umweltspezifische Bedenken durch strenge Rechtsvorschriften der EU erfasst wurden, ist es an der Zeit, dass dieser Abwärtstrend umgekehrt wird. Wenn wir nicht reagieren, werden wir von der Technologie abhängen, die in den kommenden zehn Jahren anderswo in der Welt entwickelt wird.”

Das für Unternehmen und Informationsgesellschaft zuständige Kommissionsmitglied Erkki Liikanen äußerte sich wie folgt: "Praktisch die gesamte Biotechnologieindustrie in Europa hat wegen des Vertrauenseinbruchs in Bezug auf Investitionen in wissensbasierte Unternehmen mit Schwierigkeiten zu kämpfen. Vielen kleinen Biotechnologieunternehmen für medizinische, industrielle, landwirtschaftliche und ökologische Anwendungen fehlt es an den erforderlichen Mitteln, um ihre Forschungsergebnisse zu vermarkten. Für den Fall, dass viele dieser Unternehmen aufgeben müssten, würde dies eine ernsthafte Unterminierung der Wissensbasis bedeuten, die für die Wettbewerbsfähigkeit großer europäischer Unternehmen langfristig von entscheidender Bedeutung ist. Eine konzertierte Aktion unter Beteiligung öffentlicher Behörden sowie des privaten Sektors ist erforderlich, um das Investitionsklima im Bereich der Biotechnologie in Europa zu verbessern."

EU-Strategie für Biowissenschaften und Biotechnologie

Im Januar 2002 hat die Kommission eine Strategie für Europa in den Bereichen Biowissenschaften und Biotechnologie einschließlich Politikempfehlungen und einen 30-Punkte-Aktionsplan verabschiedet. Darin wird ein umfassender Fahrplan bis 2010 vorgeschlagen und der Bereich in die vorderste Reihe der Grenztechnologien gebracht, um die Europäische Union dabei zu unterstützen, ihr auf dem Europäischen Rat von Lissabon im März 2000 festgelegtes langfristiges Strategieziel zu verwirklichen, innerhalb der nächsten zehn Jahre die wettbewerbsstärkste und dynamischste wissensbasierte Wirtschaft der Welt zu werden mit einem nachhaltigen Wachstum und besseren Arbeitsplätzen.

Der Aktionsplan umfasst Themen wie menschliche Ressourcen im Bereich Biowissenschaften, Forschung, Management von Biotechnologieunternehmen, Rechtsfragen, geistige Eigentumsrechte, Zugang zu Finanzmitteln, Vernetzung der Akteure dieses Bereichs, die Rolle von öffentlichen Behörden und Gesetzgebern, öffentliche Debatte und Dialog mit Interessengruppen, Ethikfragen, Arzneimittelgesetzgebung, GVO-Regelung, den internationalen Rahmen und EU-Politik in Entwicklungsländern (insbesondere Landwirtschaft, genetische Ressourcen und Gesundheit).

Europäische Institutionen unterstützen diesen integrierten Ansatz als den Weg zur Erreichung des Ziels von Lissabon: der Förderung dieses Spitzentechnologie-Bereichs. Biowissenschaften und Biotechnologie können Wachstum fördern, neue Arbeitsplätze schaffen und für viele Bereiche wie Gesundheit und Landwirtschaft von Nutzen sein und gleichzeitig zu breitgefächerten Zielen wie der nachhaltigen Entwicklung beitragen.

Im Hinblick auf den Frühjahrsgipfel 2003 haben der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder, der französische Präsident Jacques Chirac und der britische Premierminister Tony Blair das Potenzial der Biotechnologie hervorgehoben, die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie zu stärken und Arbeitsplätze zu sichern. Gleichzeitig unterstrichen sie die Bedeutung der Entwicklung aller Aspekte der europäischen Wirtschaft im Hinblick auf die Umsetzung der Strategie von Lissabon.

Fortschritte, Verzögerungen - und die Notwendigkeit einer Aktion

In dem vorgelegten Bericht werden die Fortschritte bei der Durchführung der Strategie in Bereichen wie Forschung, Wissenschaft und Gesellschaft, Wettbewerbsfähigkeit, Innovation, Zugang zu Finanzmitteln und geistiges Eigentum, genetisch veränderte Organismen (GVO) und internationale Fragen (Auswirkungen der gegenwärtigen Situation auf dem Gebiet der GMO auf unsere Beziehungen mit den Handelspartnern und den Entwicklungsländern) beurteilt.

Im Einklang mit dem Zeitplan des Aktionsplans hat die Kommission bei einer breiten Palette spezifischer Maßnahmen Fortschritte erzielt und verschiedene unabhängige Maßnahmen unterstützt, die sowohl von europäischen Regionen und Hochschulen als auch der Industrie durchgeführt wurden. In einigen Mitgliedstaaten wurden bereits Maßnahmen durchgeführt, die an die Strategie im Bereich der Biotechnologie anknüpfen.

Forschung

Wenngleich sich die Durchführung der Strategie noch in einem frühen Stadium befindet, so sind doch gewisse Fortschritte zu verzeichnen. Ein bemerkenswertes Beispiel in diesem Zusammenhang ist die Verabschiedung des 6. Rahmenforschungsprogramms (RP6 2003-2006), das auch weiterhin die Grundlagenforschung fördern und zur Schaffung des europäischen Forschungsraums in diesem und anderen Bereichen beitragen wird. Im Rahmen des RP6 werden €2,225 Milliarden für Biowissenschaften, Genomik und Biotechnologie im Bereich Gesundheit bereitgestellt. Weitere €685 Millionen gehen in die Bereiche Lebensmittelqualität und -sicherheit.

Im Vergleich zu den privaten Investitionen in diesem Bereich ist dies allerdings ein geringer Betrag. Die europäischen Biotechnologieunternehmen investierten im vergangenen Jahr €7,5 Milliarden in die Forschung; die mit dem Biotechnologiebereich verwandten Unternehmen, wie die pharmazeutische und die chemische Industrie, wesentlich mehr. Diese Unternehmen tragen stärker als andere Bereiche dazu bei, dass das auf dem Europäischen Rat von Barcelona festgelegte Ziel, 3% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für die Forschung in Europa bereit zu stellen, erreicht wird. Wenn der gegenwärtige Trend, die biotechnologische Forschung außerhalb Europas zu verlagern, anhält, wird dieser Beitrag zurückgehen.

Wettbewerbsfähigkeit und Innovation

Zur Stärkung von Wettbewerbsfähigkeit und Innovation in diesem Gebiet fordert die Kommission besser koordinierte Forschungen auf europäischer Ebene, besseren Zugang zu Finanzmitteln, insbesondere zu Risikokapital, sowie eine klare, gerechte, machbare und effiziente Regelung für geistige Eigentumsrechte in Europa. Dies erfordert die rasche Verabschiedung des Kommissionsvorschlags für ein Gemeinschaftspatent und die Umsetzung der Richtlinie über den rechtlichen Schutz biotechnologischer Erfindungen (98/44/EG) in innerstaatliches Recht durch die Mitgliedstaaten, die diese Vorschriften nicht einhalten.

GVO

Erhebliche Fortschritte wurden bezüglich des Rechtsrahmens für GVO erzielt. Die neuen Rechtsvorschriften über GVO, insbesondere die Kommissionsvorschläge über die Rückverfolgbarkeit und die Kennzeichnung von GVO sowie über GM-Lebens- und Futtermittel schaffen Rechtssicherheit für Betreiber. Sie berücksichtigen ferner die Bedenken der Bevölkerung und erleichtern die Wahl der Verbraucher, wodurch die Akzeptanz der Verwendung von GVO in der Bevölkerung gefördert wird. Es ist auch wichtig, dass der Rechtsrahmen eindeutig und vorausschauend ist, wenn es darum geht, den schnellen Rückgang der europäischen Forschungen im Bereich der GVO umzukehren.

Wissenschaft und Gesellschaft

Die raschen Fortschritte in den Biowissenschaften gehen mit hohen Erwartungen einher, was die Behandlung von Krankheiten und die Verbesserung der Lebensqualität betrifft, während Bedenken wegen ihrer ethischen und gesellschaftlichen Folgen aufgeworfen werden. Die Kommission hat sich dazu verpflichtet, dafür zu sorgen, dass ethische, soziale und breitere kulturelle Aspekte bei politischen Entscheidungen und bei der Finanzierung von Forschungstätigkeiten berücksichtigt werden. Zu den sensiblen Themen zählt das reproduktive Klonen menschlicher Lebewesen. Die Kommission unterstützt ein weltweites Verbot in dieser Frage. Die Kommission wird in Kürze dem Europäischen Parlament und dem Rat einen Bericht über Forschungen im Bereich der menschlichen embryonalen Stammzellen vorlegen, der als Grundlage für ein interinstitutionelles Seminar zu diesem Thema dienen soll.

Internationale Fragen

Die Biotechnologie wird gegenwärtig in vielen internationalen Foren diskutiert. Dies spiegelt die unterschiedlichen Bedenken und Ziele im Zusammenhang mit der Biotechnologie wider, wirft jedoch ein Problem internationaler Governance auf. Daher ist es von grundlegender Bedeutung, ein geeignetes Forum zu schaffen, um einen offenen und transparenten Dialog zwischen allen Interessengruppen zu schaffen, der das gegenseitige Verständnis für die Bedenken und Ziele der verschiedenen Länder und Regionen fördert. Die Kommission empfiehlt deshalb, die Notwendigkeit eines multilateralen beratenden Forums (gemeinsam mit unseren Handelspartnern) zu prüfen, um zu einem internationalen Konsens im Bereich der Biotechnologie beizutragen.

Weitere Informationen über folgende Internetadresse:

http://europa.eu.int/comm/biotechnology/introduction_en.html